



Mehr frisches Geld für Thüringer Kommunen

Rot-Rot-Grün legt beim Unterstützungspaket mit 24,4 Millionen Euro nach

In der Koalitionsarbeitskreisberatung mit den Vorsitzenden der Fraktionen der LINKEN, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der haushalts- und kommunalpolitischen Sprecher sowie der Thüringer Finanzministerin, Heike Taubert, und dem Thüringer Innenminister, Holger Poppenhäger, haben sich am 27. März die Koalitionspartner darauf geeinigt, dass die Thüringer Kommunen im Jahr 2015 zur Verbesserung ihrer Finanzausstattung zu den bisher zugesagten Geldern weitere 24,4 Millionen Euro aus Landesmitteln erhalten sollen. So können die Kommunen in diesem Jahr mit 102,4 Millionen Euro „frischem“ Geld aus Landesmitteln rechnen.

„In Auswertung der schriftlichen Anhörung der kommunalen Spitzenverbände zum Kommunalfinanzübergangsgesetz 2015 haben wir uns zu diesem Schritt entschieden und bereiten nun den dazu notwendigen Antrag für das Gesetzgebungsverfahren vor“, kündigte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag, Susanne Hennig-Wellsow, an.

Matthias Hey, Vorsitzender der SPD-Fraktion, ergänzte: „Die Koalitionsfraktionen waren sich einig, insbesondere Investitionen zu fördern, weshalb die zugesagten Investitionspauschalen für Städte und Gemeinden und die Schulträgerkommunen noch etwas aufgestockt wurden. Gleichzeitig wird deren

Verwendung aber flexibler gestaltet, damit auch klamme Gemeinden das Geld nutzen können.“

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag, Dirk Adams, betonte: „Die zusätzlichen Hilfen des Landes sind durch Entnahmen aus der Rücklage und durch Steuermehreinnahmen des Landes solide finanziert. Das Wichtigste ist, dass die Kommunen mit der Änderung auch zusätzliche Mittel für ihren Verwaltungshaushalt bekommen können.“

Folgende Ergänzungen erfährt das kommunale Finanzpaket der rot-rot-grünen Koalition:

Die Gesamtmittel, die für die zusätzliche Investitionspauschale für die Städte und Gemeinden vom Land zur Verfügung gestellt werden, sollen von 30 Millionen Euro auf 40 Millionen Euro ansteigen. Damit erhöht sich die je Einwohner zu zahlende Investitionspauschale von 13,88 Euro auf nunmehr 18,51 Euro.

Zudem wird auf Anregung des Thüringer Gemeinde- und Städtebundes die Verwendung der Mittel flexibler gestaltet. Die geplante Schulinvestitionspauschale wird um sechs Millionen Euro auf 36 Millionen Euro angehoben. Von ihr profitieren insbesondere die Landkreise und die kreisfreien Städte.

Im Jahr 2015 werden zu den von der schwarz-roten Koalition bereits zugesagten 30 Millionen Euro für ergänzende Bedarfszuweisungen für Haushalts-

notlagegemeinden 18 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird das Land die hundertprozentige Kofinanzierung des Kommunalinvestitionsförderungsfonds des Bundes sicherstellen. Dafür werden ca. 8,4 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Unter Berücksichtigung dieser Veränderungen stellt die rot-rot-grüne Landesregierung den Kommunen im Jahr 2015 insgesamt 102,4 Millionen Euro aus Landesmitteln zusätzlich zur Verfügung.

Hinzu kommt die anrechnungsfreie Durchreichung von Bundesmitteln in Höhe von 41 Millionen Euro.

Zudem sichert die rot-rot-grüne Koalition die vollständige Auszahlung der von der Vorgängerregierung für das Jahr 2015 bereits zugesicherten Hilfen in Höhe von 43 Millionen Euro.

Die kommunale Finanzausgleichsmasse erhöht sich durch das Wirken des Partnerschaftsgrundsatzes im Jahr 2015 um 14 Millionen Euro.

Laut Steuerschätzung vom November 2014 können die Thüringer Kommunen in diesem Jahr außerdem mit Steuermehreinnahmen in Höhe von 50 Millionen Euro rechnen.

Zu guter Letzt hilft auch das von der schwarz-roten Bundesregierung beschlossene kommunale Investitionspaket den Thüringer Kommunen. 75,8 Millionen Euro Bundesmittel werden hier für die Jahre 2015 bis 2018 erwartet. Ein Teil davon wird bereits 2015 an die Thüringer Kommunen fließen.

AKTUELL Abgleiten in Hooliganszene verhindern

Zur angekündigten Hooligan-Demonstration in Erfurt hat die Landesregierung auf Anfrage von Katharina König mitgeteilt, dass für den ursprünglich am 15. März (neues Anmeldedatum 2. Mai) geplanten Aufmarsch 1.000 Teilnehmer aus dem Hooligan- und Neonazi-Spektrum erwartet worden waren. Die LINKE-Abgeordnete verweist darauf, dass bei den in Saalfeld und Erfurt am Vortag (1. Mai) geplanten Neonazi-Märschen auch mehrere hundert Teilnehmer realistisch seien.

Zur Arbeit der Fanprojekte habe die Landesregierung betont, dass sie „der Stärkung des Sports in Thüringen gegen ein Eindringen von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus sowie der Abwehr von Gewalttätigkeiten bei

Sportveranstaltungen eine hohe Bedeutung“ zumesse. Fanprojekte werden in die präventive Sicherheitsarbeit einbezogen und stellen nicht nur für die Vereine, sondern auch für die Polizei- und Ordnungsbehörden ein wichtiges Bindeglied dar. So helfen sie „überhaupt erst, die Fans vor einem Abgleiten in gewaltbereite Spektren, wie die Hooliganszene und Neonaziszene, zu bewahren“ und wirken durch „klare Distanzierungen von gewalttätigen, rassistischen und ausländerfeindlichen Aktionen“ als wichtiger Bestandteil präventiver Jugend- und Sozialarbeit im Umfeld des Fußballs, so das Thüringer Innenministerium.

Die LINKE-Abgeordnete unterstreicht die gute Arbeit der Fanprojekte, insbesondere in Jena, wo das Projekt seit fast 25 Jahren besteht. „Wie im Ko-

alitionsvertrag festgeschrieben, unterstützen wir Projekte zur Förderung gewaltfreien und interkulturellen Fußballs und wollen die diskriminierungsfreie Fankultur stärken.“

Klare Positionierungen von Fußball- und Fanprojekten gegen Neonazismus und Fremdenfeindlichkeit seien ein wichtiger Schritt, extrem rechten Fan- und Hooligangruppen das Wasser abzugraben und eine Einflussnahme von Neonazis im Sportbereich abzuwehren. Dass entsprechende Distanzierungen nach wie vor nötig seien, zeige auch der jüngst bekannt gewordene Fall des stellvertretenden Erfurter NPD-Chefs, der Mitglied bei Rot-Weiß-Erfurt (RWE) ist und montags bei „Thügida“ zusammen mit rechten Hooligans und Neonazis demonstriert.

KOMMENTIERT:

von Steffen Dittes

Sicherheitsbetrachtung

Die kürzlich veröffentlichte Polizeiliche Kriminalitätsstatistik dokumentiert, dass die tatsächlich in Thüringen erlebte öffentliche Sicherheit oftmals im Widerspruch zum Sicherheitsempfinden von Menschen steht.

Anstatt mit dem Unsicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger zu spielen, wie dies die CDU jüngst wieder im Thüringer Landtag demonstrierte, hat Politik die Aufgabe, auch weiterhin die Strukturen der Polizei zu sichern, die flächendeckend, bürgerah und verhältnismäßig notwendige Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit sind. Die im Jahr 2012 vollzogene Polizeistrukturenreform, die vielfach das Gefühl mangelnder polizeilicher Präsenz in den Flächenpolizeien zur Folge hatte, muss überprüft werden.

Zur politischen Auseinandersetzung gehört aber auch, rassistisch aufgeladenen Vorurteilen entgegenzutreten. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die immer wieder vorgebrachte Behauptung, dass sich durch die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen angeblich die Kriminalität erhöhe.

Die in der Statistik der politisch motivierten Straftaten festgestellte Zunahme, insbesondere im Zusammenhang mit Wahlkampfaktivitäten und Aufmärschen neonazistischer Gruppen und Organisationen sowie daraus entstandener Konfrontationen, darf nicht verdecken, dass mittels neonazistischer Strukturen auch weiterhin in hohem Maße zur Verbreitung und Durchsetzung menschenverachtender Ideologie Straftaten begangen werden. Mit 1.060 Straftaten werden der extremen Rechten mehr als dreimal so viele Straftaten zugeordnet wie dem sogenannten Phänomenbereich Links.

Es wird auch weiterhin darauf ankommen, extrem rechten und rassistischen Einstellungen den gesellschaftlichen Nährboden zu entziehen, weil diese die Voraussetzung für strafrechtlich relevante Taten bilden. Insofern ist die von der rot-rot-grünen Koalition verabredete Neuausrichtung des Landesprogrammes zur verstärkten gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Neonazismus und Rassismus nicht in Frage zu stellen.

Steffen Dittes ist innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

KURZ UND PRÄGNANT

Tag der Befreiung

Scharf kritisierte die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE und der Thüringer Linkspartei, Susanne Hennig-Wellsow, den Versuch des Thüringer Landtagspräsidenten, Christian Carius (CDU), den 8. Mai geschichtspolitisch umzudeuten: „Der 8. Mai ist der Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus, der Befreiung von der NS-Herrschaft. Der Sieg der Alliierten bedeutete das Ende des schlimmsten Menschheitsverbrechens, das Ende der Shoah und des Massensmords an Oppositionellen, Roma und Sinti, Homosexuellen und sogenannten Asozialen. Der 8. Mai war die Befreiung der Überlebenden von Verfolgung und Widerstand. Dem Sieg der Alliierten verdanken wir aber auch die Grundlagen unseres heutigen Lebens in Frieden, Freiheit und Vielfalt.“

Wer nun den 8. Mai nicht als Tag der Befreiung, sondern als 70. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges feiern will, versuche sich in Geschichtsumdeutung. „Damit fällt der CDU-Politiker Carius weit hinter den Stand der geschichtspolitischen Debatte zurück. 1985 hatte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker zu Recht erklärt, dass der 8. Mai eine Befreiung vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft war. Ich begrüße ausdrücklich, dass der Thüringer Landtag eine Gedenkveranstaltung zum 8. Mai durchführt.“ ■

Zulagen jetzt verboten

„Nun ist für jede und jeden im Abgeordnetengesetz nachlesbar, dass die Zahlung von Funktionszulagen aus Fraktionsmitteln unzulässig ist. Das Verbot der Bildung von finanziellen Abgeordnetenhierarchien, wie es das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil aus dem Jahr 2000 zum Thüringer Abgeordnetengesetz feststellt, lässt keine andere Regelung zu. Mit diesem Gesetz von Rot-Rot-Grün wird eine langjährige PDS- bzw. LINKE-Forderung nun geltendes Recht“, so LINKE-Abgeordneter Knut Korschewsky. Das am 25. März beschlossene Gesetz trägt auch dazu bei, das durch das Selbstbedienungsverhalten der CDU-Fraktion beschädigte Ansehen des Gesamtparlaments wiederherzustellen. Allerdings müsse nun auch das zweckwidrig verwendete Geld von der CDU-Fraktion offengelegt und an den Landeshaushalt zurückerstattet werden. Zudem weist der Abgeordnete auf die geplante umfassende Reform des Abgeordnetenrechts hin, die ebenfalls einer langjährigen LINKE-Forderung entspricht, mit der aber die Fraktion z.B. im Jahr 2006 an der Landtagsmehrheit gescheitert war. ■

Ausgewogen, vernünftig und sehr zeitgemäß

Der LINKE Bildungspolitiker Torsten Wolf zum Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz

Das jetzt in erster Beratung im Thüringer Landtag debattierte „Gesetz, das bezahlten Bildungsurlaub für Beschäftigte regelt, ist ein Meilenstein für die Weiterentwicklung des lebenslangen Lernens“, so Torsten Wolf, Bildungspolitiker der Linksfraktion.

DIE LINKE, SPD, GRÜNE haben gemeinsam mit Gewerkschaften, Volkshochschulen und vielen anderen Bildungsinitiativen einen gesetzlich geregelten Bildungsurlaub gefordert. Dementgegen hat die Thüringer CDU in den letzten Jahren solche Initiativen blockiert. Der Abgeordnete wies Bedenken als „komplett unbegründet“ zurück, wonach ein Rechtsanspruch auf Bildungsfreistellung die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen einschränke.

Die tatsächlichen Zahlen belegten, dass in einem Betrieb mit z.B. 30 Beschäftigten die durch das Gesetz tangierte Jahresbruttolohn-Summe des Unternehmens bei 0,07 Prozent und die Jahreswochen-Arbeitszeit bei 0,06 Prozent liegt.

„Rot-Rot-Grün legt einen Gesetzentwurf vor, der ausgewogen, vernünftig und zeitgemäß ist“, unterstrich Torsten Wolf mit Verweis darauf, dass man sich bei der Auswahl der Betriebsgrößen an zwei bewährten Gesetzen - dem Kündigungsschutzgesetz und dem Betriebsverfassungsgesetz - orientiert hat. „Das rot-rot-grüne Bildungsfreistellungsgesetz wird den Thüringer Arbeitsmarkt modernisieren. Wir werden mit diesem Gesetz 92 Prozent der Be-

schäftigten in Thüringen ermöglichen, ihre Bildungsinteressen wahrzunehmen. Damit wird den Beschäftigten entscheidender Freiraum für arbeitsweltbezogene Bildung, für politische Bildung und die Erweiterung der Kenntnisse für die Ausübung eines Ehrenamtes gegeben.“



Aus dem Plenarprotokoll zitiert

In seiner Rede im Thüringer Landtag am 26. März zum Bildungsfreistellungsgesetz hatte sich Torsten Wolf zunächst an seinen Vorredner von der CDU-Fraktion, den Abgeordneten Christian Tischner gewandt und gesagt:

„Sehr geehrter Herr Tischner, es ist ja nun bekannt und nichts Neues, dass man mit Blick auf denselben Sachver-

halt von unterschiedlichen Voraussetzungen ausgeht. Wirtschaft ist in Thüringen maßgeblich geprägt durch Mittelständler, maßgeblich geprägt durch einen intensiven Austausch, durch ein gutes Miteinander von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Unternehmen.“

Es ist eben nicht so, dass der Bildungsfreistellungsanspruch von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gegen die Unternehmen ausgesprochen wird, sondern dass es eine Erweiterung ist, eine Fortentwicklung. Sie haben gesagt, hier wird durch die Hintertür der Sozialismus eingeführt, da müssten wir ja in 12 Bundesländern Sozialismus ...

(Zwischenruf Astrid Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 13!)

- Baden-Württemberg dann entsprechend auch. Also, das ist eine interessante These, die Sie da vertreten, dass die Bundesrepublik Deutschland dem Sozialismus anheim gefallen ist.

(Katharina König, DIE LINKE: Den Sozialismus in seinem Lauf...)

Ich denke, wir werden im weiteren Verfahren und in weiteren Diskussionen feststellen können, dass gerade mit der Bildungsfreistellung, mit der Modernisierung des Arbeitsmarkts über Bildungsfreistellung eine Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft passiert und nicht ein Stillstand, nicht eine Rückentwicklung.“

„Unter den Bedingungen lebenslangen Lernens“

Torsten Wolf ging u.a. auf Vorhaltungen ein, dass durch ein solches Gesetz Kosten entstünden, die den Arbeitgebern nicht überantwortet werden könnten. Der Bildungspolitiker der Linksfraktion verwies in diesem Zusammenhang auf das Bundesverfassungsgericht, das sich abschließend 1987 dazu geäußert hatte: „Es wurde festgestellt, dass es im Sinne des Gemeinwohls und auch vom Betrieb bezahlt werden muss, wenn Betriebe ihre Beschäftigten zu beruflicher, gesellschaftlicher und politischer Weiterbildung bezahlt freistellen.“

Dazu habe das Bundesverfassungsgericht argumentiert: „Unter den Bedingungen des fortwährenden und sich beschleunigenden technischen und sozialen Wandels wird lebenslanges Lernen zur Voraussetzung individueller Selbstbehauptung. Dem Einzelnen hilft die Weiterbildung, die Folgen des Wandels beruflich und sozial besser zu bewältigen. Wirtschaft und Gesellschaft erhält sie die erforderliche Flexibilität, sich auf veränderte Lagen einzustellen.“

Torsten Wolf: „Das sagt das Bundesverfassungsgericht und das sagt nicht der DGB-Bundesvorstand. Ich möchte das hier auch noch mal betonen.“ ■

Rot-Rot-Grün setzt Rahmen für Hochschulfinanzierung in Thüringen

Mit dem Beschluss des Antrags „Thüringer Hochschulen stärken: Qualität der Lehre verbessern, Gute Arbeit für alle Beschäftigten sicherstellen“ hat die Koalition die Weichen für die Aushandlung der Rahmenvereinbarung IV zwischen Landesregierung und den Thüringer Hochschulen gestellt.

Dazu erklärte Christian Schaft, hochschulpolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Die Koalition steht klar an der Seite der Hochschulen sowie zu einer langfristigen und sicheren Finanzzusage und verbindet dies mit klaren Impulsen für eine gesteigerte Qualität der Lehre, Gleichstellung, Familienfreundlichkeit, Nachhaltigkeit und Gute Arbeit auch an den Hochschulen. Mit dem Auslaufen der Rahmenvereinbarung III in diesem Jahr eröffnet sich die Chance der qualitätsorientierten Neuausrichtung der Ziel- und Leistungsvereinbarungen bis 2020. Landesregierung und Koalitionsfraktionen sind sich einig, dass die Hochschulpaktmittel, aber auch die zusätzlichen

Mittel des Studierenden-BAföG, den Hochschulen vollständig zugute kommen werden. Zugleich werden wir sicherstellen, dass etwa Betreuungsangebote für Studiengänge mit hohen Abbrecherquoten und die Karriereperspektiven für Frauen in der Wissenschaft über ein Kaskadenmodell verbessert werden. Wesentliche Fortschritte wollen wir auch im Bereich eines inklusiven und familienfreundlichen Studiums erzielen sowie beim Zurückdrängen prekärer Beschäftigungsformen, etwa bei Lehrbeauftragten, studentischen Beschäftigten, Befristungen und unfreiwilliger Teilzeit.

Zudem müssen wir unsere Hochschulen breiter aufstellen und für mehr Menschen im Sinne lebenslangen Lernens öffnen. Hier stärken wir die Internationalisierung und den Zugang von Menschen ohne Abitur. Mithilfe dieses Rahmens kann die Qualität und Attraktivität der Hochschulen weiter erhöht werden. Die Koalitionsfraktionen werden die Landesregierung auf diesem Weg unterstützend begleiten.“ ■

Abschied und Ankunft in der Linksfraktion

Bodo Ramelow und Birgit Klaubert gedankt, Iris Martin-Gehl und Ronald Hande begrüßt

In der Fraktionssitzung am 25. März waren Bodo Ramelow und Dr. Birgit Klaubert als Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE herzlich verabschiedet worden, denn sie legten ihr Mandat zum 31. März nieder. Als Listennachfolger rückten zum 1. April als Abgeordnete in die Linksfraktion Dr. Iris Martin-Gehl und Ronald Hande nach.

Zur Verabschiedung von Bodo Ramelow und Birgit Klaubert hatte die Fraktions- und Landesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow erklärt: „Unser Dank

Nach der Mandatsübergabe an die Listennachfolger Dr. Iris Martin-Gehl und Ronald Hande mit dem Präsidenten des Thüringer Landtags, Christian Carius, und der Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Susanne Hennig-Wellsow.

Fotos: Peter Lahn



on und drei Legislaturperioden Vizepräsidentin des Thüringer Landtags. Bodo Ramelow, der 1999 erstmals in den Thüringer Landtag gewählt wurde, war von 2001 bis 2005 Fraktionsvorsitzender. Er zog dann in den Bundestag ein, wo er stellvertretender Fraktionsvorsitzender wurde. Zur Landtagswahl 2009 errang er ein Direktmandat und wurde erneut zum Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE gewählt.

Dr. Iris Martin-Gehl und Ronald Hande Mandat übergeben

Gemeinsam mit dem Präsidenten des Thüringer Landtags Christian Carius (CDU) hatte am 31. März Landeshauptleiter Günter Krombholz die Mandatsübergabe an Dr. Iris Martin-Gehl und Ronald Hande vorgenommen. Dabei war auch Susanne Hennig-Wellsow, die die beiden Neu-Mitglieder der Fraktion herzlich willkommen hieß. In der Fraktionssitzung am 15. April werden sie in der großen Runde begrüßt werden.

Dr. Iris Martin-Gehl ist seit 1991 als Rechtsanwältin mit eigener Praxis im Schwerpunkt Familien- und Kinderrechtsrecht tätig. Die 58jährige Juristin aus Weimar ist parteilos und gehört seit dem Jahr 2000 als Mitglied dem Thüringer Verfassungsgerichtshof an, in den sie auf Vorschlag der PDS bzw. Linke-Fraktion im Thüringer Landtag gewählt wurde. Als ausgebildete Mediatorin gehört sie dem Thüringer Arbeitskreis Mediation e.V. an. Sie verfügt zudem über Erfahrungen aus langjähriger Dozententätigkeit in diversen Ausbildungsgängen der Altenpflege.

Ronald Hande: Der 37jährige Wahlkreismitarbeiter des Landtagsabgeordneten Steffen Harzer kommt aus Benshausen (Landkreis Schmalkalden-Meiningen), ist verheiratet und hat vier Kinder. Er ist ausgebildeter Kaufmann. Seit dem Jahr 2009 gehört er dem Gemeinderat in Benshausen an, er wurde im vergangenen November zum Bürgermeister der Gemeinde gewählt. Seit 2012 ist Ronald Hande Vorsitzender des LINKE-Kreisverbandes Schmalkalden-Meiningen. In der vergangenen Legislatur hatte er sich als Wahlkreismitarbeiter des damaligen energiepolitischen Sprechers der Fraktion, Manfred Hellmann, u.a. mit Fragen der erneuerbaren Energien beschäftigt. ■

gilt zwei Persönlichkeiten, die die Geschichte der Fraktion und unseres Landesverbandes z.T. zwei Jahrzehnte mitgestaltet haben. Beide haben in der Opposition die Politik in Thüringen maßgeblich geprägt und tun es nun in der rot-rot-grünen Landesregierung mit dem Amt des Ministerpräsidenten und der Kultusministerin. Wir setzen auf ihr herausragendes Engagement und ihre Verbundenheit mit den Thüringerinnen und Thüringern, um das Land weiter voranzubringen.“

Birgit Klaubert war seit 1994 Mitglied des Thüringer Landtags. Sie war Vorsitzende der damaligen PDS-Frakti-

Arbeitsförderung

„Auch wenn sich die Arbeitsmarkt-Zahlen erneut positiv entwickelt haben, gibt es keinen Grund zur Selbstzufriedenheit, denn es stecken noch immer in Thüringen 100.000 Bedarfsgemeinschaften im Hartz IV-System. Betroffen sind 171.510 Personen, darunter 27.676 Kinder bis 15 Jahre“, so MdL Ina Leukefeld. An Langzeitarbeitslosen und Älteren gehe der Aufschwung im Wesentlichen vorbei. Noch immer seien 38.957 Erwerbslose älter als 50 Jahre, das sind 42 Prozent. Daher sei der Schritt der Landesregierung wichtig, im Rahmen öffentlich geförderter Beschäftigung noch in diesem Jahr mit 500 Stellen vor allem älteren Arbeitslosen mit einer existenzsichernden Betätigung eine echte Chance zu geben. ■

Focal Point

Die Landesregierung hat beschlossen, eine staatliche Anlaufstelle für die UN-Behindertenrechtskonvention (Focal Point) zu schaffen. „Rot-Rot-Grün macht den Weg frei für eine andere Politik für Menschen mit Behinderung“, so MdL Karola Stange. Bereits im Jahr 2011 hatte die LINKE-Abgeordnete gefordert, dass Thüringen der dringenden Bitte des Bundes und der Monitoring-Stelle zur Umsetzung der UN-Konvention nachkommen solle. Die damalige Landesregierung hatte den Focal Point abgelehnt und erklärt, solche Koordinierungsaufgaben nehme in Thüringen das Fachreferat Behindertenpolitik beim Sozialministerium in enger Zusammenarbeit mit dem Thüringer Behindertenbeauftragten wahr. ■

Herkunftsländer

Zur Entscheidung des Bundesrates, die von der CSU geforderte Einstufung weiterer Balkanstaaten als „sichere Herkunftsländer“ abzulehnen, sagte MdL Sabine Berninger: „Dass mit der Einstufung der Westbalkanstaaten als so genannte sichere Herkunftsländer den aus Bosnien-Herzegowina, Serbien und Mazedonien geflohenen Menschen das Recht auf ein faires Asylverfahren, auf die Prüfung des Einzelfalles verwehrt wird, an dieser Kritik bleibt jedoch festzuhalten. Länder werden nicht sicher, bloß weil eine Mehrheit sie per Gesetz als solche bezeichnet.“ Gerade für Angehörige der Minderheitengruppen gebe es sie eben nicht, diese angeblich sicheren Herkunftsländer. ■

VON A BIS Z:

Welttheatertag

Am 27. März jährte sich der vom Internationalen Theaterinstitut ausgerichtete Welttheatertag zum 54. Mal. Seit seiner erstmaligen Ausrufung im Jahr 1961 stehen jedes Jahr Wortmeldungen berühmter Theatermacher im Mittelpunkt.

In der diesjährigen Botschaft zum Welttheatertag wendet sich der polnische Regisseur Krzysztof Warlikowski an alle Theaterschaffenden und plädiert dafür, sich „angesichts der Morde und Konflikte, die an immer mehr Orten entbrennen“ nicht aus Angst und Überforderung vor den Herausforderungen unserer Tage abzuschotten, sondern die „Welt hinter dem Tor, hinter den Mauern wahrzunehmen“. Gerade darin liege die Kraft des Theaters, „dort hinzusehen, wo das Hinsehen verboten ist“.

Die kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Katja Mitteldorf, nahm diese Botschaft zum Anlass und versicherte den Thüringer Theatern, dass mit dem Regierungswechsel auch ein Paradigmenwechsel hinsichtlich der Kulturförderung im Freistaat verbunden ist. „Die Koalition bekennt sich zum Erhalt, zur Weiterentwicklung und zur Förderung der Vielfalt und Bandbreite der Thüringer Kulturlandschaft“, heißt es im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag. „Gemeinsam mit den kommunalen Trägern werden wir für Planungssicherheit sowie eine nachhaltige und zukunftsfeste Qualitätssicherung bei den Thüringer Theatern und Orchestern sorgen“, betonte die Landtagsabgeordnete. ■

WICHTIGE TERMINE

Plenarsitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden am 29. und 30. April sowie in der Zeit vom 27. bis 29. Mai statt.

Arbeitnehmerrechte:

Die Linksfraktion und die Rosa-Luxemburgstiftung laden ein zur Veranstaltung „Rechte der Beschäftigten in Betrieb und Gesellschaft stärken“ am Dienstag, den 28. April, 14 bis 17.30 Uhr, im Thüringer Landtag, Raum 101.

Presseinformationen, Hinweise zu Veranstaltungen und Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion sowie auch deren Parlamentsreport im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

KURZ UND PRÄGNANT

Informationsfreiheit

Zum 1. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für die Informationsfreiheit, Lutz Hasse, erklärte MdL Steffen Dittes: „Das Informationsfreiheitsgesetz ist leider noch nicht bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Thüringer Behörden angekommen.“ Dafür sprächen die relativ geringe Zahl von Anfragen an den Beauftragten und die von ihm geschilderte Unsicherheit im Umgang mit Fragen seitens der auskunftspflichtigen Behörden. Die Koalition werde ihre Verantwortung wahrnehmen, einerseits die Behörden besser zu sensibilisieren und zur Gesetzeslage zu informieren und andererseits die Hürden für die Antragstellenden weiter zu senken. Der Koalitionsvertrag sehe auch die Überarbeitung des Informationsfreiheitsgesetzes und seine Umwandlung in ein wirkliches Transparenzgesetz vor, das Behörden zum proaktiven Bereitstellen der Informationen verpflichtet.

Die vom Informationsfreiheitsbeauftragten geäußerten Vorschläge zur Erweiterung seiner Kompetenzen seien ebenfalls bereits Inhalt des Koalitionsvertrages und gehörten zum dringend reformbedürftigen Inhalt des Gesetzes. Der Abgeordnete sagte, er erachte „ein Recht zur Akteneinsicht sowie ein weitergehendes Kontrollrecht bei den Behörden durch den Beauftragten für die Informationsfreiheit für zweckmäßig und sinnvoll“.

NSU-Untersuchungen

Zu Meldungen, wonach den NSU-Untersuchungsausschüssen wichtige SMS der Chemnitzer NSU-Unterstützerszene nicht vorgelegt hätten, erklärt MdL Katharina König, LINKE-Mitglied im neuen Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss: „Die nun skandalisierten SMS lagen dem Untersuchungsausschuss der letzten Legislatur im Thüringer Landtag bereits seit Frühjahr 2012 vor. Sie waren Bestandteil der 24 Ordner des Landeskriminalamtes.“ Ebenso berichteten Stefan Aust und Dirk Laabs in ihrem Buch „Heimat-schutz“ detailliert über die SMS.

Skandalös sei daher nicht das vermeintliche Auftauchen erst im Prozess, sondern der Umstand, dass sächsische Neonazis im Prozess in München offen gelogen und versucht hätten, ihre Rolle im Unterstützernetzwerk herunterzuspielen. Der letzte Thüringer Untersuchungsausschuss habe bereits herausgearbeitet, dass die Zielfahndung eine ganze Reihe von vielversprechenden Ermittlungsansätzen nicht nutzte und Hinweisen auf Chemnitz nur ungenügend nachging.

Verantwortung für die Sanierung der Altlasten

Bürgerinitiative Rositz-Schelditz in öffentlicher Petitionsausschusssitzung angehört

Zur dritten Anhörung eines Petenten in öffentlicher Sitzung im Landtag am 23. März – sie kam zustande, weil in der Sechs-Wochen-Frist mehr als 1.500 Bürgerinnen und Bürger die Petition mitgezeichnet hatten – erklärte die Sprecherin der Linksfraktion für Petitionen und Bürgerbeilegung Anja Müller:

Die Bürgerinitiative Rositz-Schelditz hatte sich an den Landtag gewandt, weil sich seit über einem Jahrzehnt die Zustände vor Ort kontinuierlich verschlechtert haben. Immer mehr hochbelastetes Grundwasser drängt nach oben und macht die Gebäude unbewohnbar. Wohneigentum verliert an Wert. Gärten sind nicht mehr nutzbar. Die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger ist akut gefährdet.

Den Ernst der Lage verdeutlicht

Obwohl der Zustand den verantwortlichen Ämtern und Behörden seit langem bekannt ist, scheiterte eine planvolle und grundlegende Lösung bisher an fehlender Wahrnehmung der Verantwortung und einem vernünftigen Miteinander der Beteiligten.

Alle bisherigen Maßnahmen (Abpumpen des kontaminierten Grundwassers seit über 12 Jahren) waren Akutmaßnahmen und nicht in ein solides Gesamtkonzept eingebettet. Die Bürgerin-



itiative Rositz-Schelditz als Petent konnte die Situation in Schelditz, die Chronologie der Ereignisse, vorliegende Gutachten, die Belastung von Boden und Luft, deutlich darstellen und durch Fakten belegen. Unterstützung fand die Bürgerinitiative durch die Landrätin des Landkreises Altenburger Land, Michaela Sojka (LINKE). Sie sieht in der vor Jahren vorgenommenen Übertragung der bodenrechtlichen Verantwortlichkeit an das Landratsamt einen Fehler. Es könne nicht sein, Aufgaben, die weder personell noch finanziell leistbar sind, in dieser Form zu delegieren. Die Landrätin favorisiert eine unverzügliche Rückübertragung der Verantwortung an den Freistaat. Mit der Anhörung hatte die Bürgerinitiative die Problematik erneut in

die Öffentlichkeit gebracht und den Ernst der Lage verdeutlicht. Auch wenn keine Sofortergebnisse zu verzeichnen sind, gibt es Aspekte, die für eine positive Veränderung der Situation im Interesse der Petenten sprechen. So auch die Zusage von Ministerin Anja Siegemund (Grüne), dass die Anregungen der Bürgerinitiative in alle Planungen einbezogen werden.

Linksfraktion schlägt die Bürgerinitiative für den Umweltpreis vor

Dafür spricht zudem die Durchführung regelmäßiger Treffen aller Beteiligten und Betroffenen in einer Planungsgruppe, die im Sommer einen Maßnahmenplan zur Beseitigung der Altlasten vorstellen soll. Damit wird deutlich, dass der Koalitionsvertrag durch das Ministerium schnellstmöglich umgesetzt wird. Begrüßenswert ist auch das Engagement der Ministerin, einen Vertrag über die künftige Finanzierung der Altlastensanierung auf den Weg zu bringen.

Die Abgeordneten der Linksfraktion im Petitionsausschuss möchten aber ausdrücklich der Bürgerinitiative Rositz-Schelditz danken. Ohne ihre Ausdauer, ihre Expertise und ihr Beharrungsvermögen könnte nunmehr nicht mit verhaltenem Optimismus in die Zukunft geblickt werden. DIE LINKE im Thüringer Landtag wird auf jeden Fall die Bürgerinitiative Rositz-Schelditz für einen durch das Umweltministerium ausgelobten Umweltpreis vorschlagen.

Land zahlt Umzug für altlastengeschädigte Schelditzer

Inzwischen hat das Umweltministerium bekannt gegeben, dass es den betroffenen Einwohnern des Rositzer Ortsteils Schelditz finanzielle Hilfe für einen Umzug in unbelastete Wohnungen zahlen werde. Zunächst würden dafür 40.000 Euro aus Lottogeldern bereitgestellt. Da auf kurze Sicht keine rasche Abhilfe bei dem Umweltproblem zu schaffen sei, solle den Mietern auf diesem Weg eine Verbesserung ihrer Situation ermöglicht werden. In dem besonders stark betroffenen Wohnblock leben noch elf Mietparteien.

Den Geruch kann man „nicht beschreiben“

In Vorbereitung auf die öffentliche Anhörung des Petitionsausschusses des Thüringer Landtags zur Petition der Bürgerinitiative Rositz-Schelditz war eine Delegation, bestehend aus Abgeordneten des Landtages - von der Linksfraktion Anja Müller, Diana Skibbe, Ute Lukasch und Tilo Kummer sowie die SPD-Abgeordnete Dagmar Becker - vor Ort, um sich ein persönliches Bild der Lage zu machen.

Den Geruch kann man „nicht beschreiben“. Lothar Schumann und Jürgen Dobmaier von der Bürgerinitiative führten die Abgeordneten zu den betroffenen Stellen in Schelditz. So zum Beispiel in den Keller des Eigenheimes von Herrn Dobmaier sowie in den ehemaligen Konsum von Schelditz. Eine weitere Besichtigung, um die Gesamtheit des Problems zu demonstrieren, führte die Abgeordneten, die Landrätin des Altenburger Landes Michaela Sojka (LINKE), den Bürgermeister von Rositz, Steffen Stange, und weitere kommunale Politiker zur „Aschehalde Fichtenhainchen“. Geführt durch einen Vertreter



von der Landesentwicklungsgesellschaft konnten sich die Anwesenden in dem abgesperrten Gebiet ein Bild von den Versäumnissen der letzten Jahre machen. Es müssen Zuständigkeiten und die Finanzierung der Sanierung geordnet und geklärt werden. Die starken Benzol-Gerüche, ob in Schelditz oder auf der Halde, können nicht gesund sein. Die Belastungen müssen in Verantwortung den Bürgern und der Natur gegenüber beseitigt werden.

Jana Lorber

DAS INTERVIEW

Mit den Spenden rasch unkompliziert helfen

Vor 20 Jahren kamen 12 Abgeordnete der seinerzeitigen PDS-Fraktion im Thüringer Landtag zusammen und beschlossen, einen Verein zu gründen, die Alternative 54 Erfurt. Erläutere bitte noch einmal kurz, wie es dazu kam?

Im Oktober 1993 war die Thüringer Verfassung beschlossen worden, die im Artikel 54 festlegt, dass sich die Abgeordnetenentschädigung quasi automatisch erhöht.

Den Diäten-Automatismus hielten und halten die PDS- bzw. LINKE-Abgeordneten für falsch, weil er eine Form von „Selbstbedienungsmentalität“ darstellt. Es fehlt die notwendige Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Außerdem wird bei den Erhöhungen von einer Datenbasis ausgegangen, die nicht den realen Einkommens- und Vermögensverhältnissen in Thüringen entspricht.

Seit Inkrafttreten der Verfassung kämpft die Fraktion gegen die automatische Diätenerhöhung. Eine Verfassungsklage war nicht erfolgreich, Anträge zur Abschaffung oder zumindest Aussetzung der Erhöhungen fanden bei

den anderen Parteien im Landtag nicht die notwendige Mehrheit. Deshalb gründeten am 21. März 1995 Abgeordnete der PDS den Verein „Alternative 54 Erfurt e.V.“, der einen Teil der Abgeordneten-Diäten für gemeinnützige Projekte in Thüringen weitergibt. Von diesem Anspruch leitet sich auch der Name des Vereins ab: eine Alternative zum Artikel 54 der Thüringer Verfassung.

Wie ist Deine persönliche Verbindung zum Verein, dem Du nunmehr vorsitzt, und was schätzt Du an ihm besonders?

NACHGEFRAGT bei MdL Diana Skibbe, Vorsitzende der Alternative 54 Erfurt e.V.

Ich war bereits von 2004 bis 2009 Abgeordnete und dann ab 2012 wieder als Nachrückerin in der Fraktion und bin auch in der Zwischenzeit Mitglied des Vereins geblieben, dem übrigens weitere ehemaliger Abgeordnete und auch Fraktions-Mitarbeiter angehören, was mich besonders freut. Ich schätze

Über all die Jahre hat sich die Alternative 54 in Thüringen einen guten Namen gemacht...

...vor allem bei Sozial- und Sportvereinen, wo wir oft die einzige Möglichkeit zur Unterstützung sind, um Projekte am Leben zu erhalten. Wenn Menschen von der Alternative erfahren, sind sie immer wieder beeindruckt davon, dass Politikerinnen und Politiker einen Teil ihrer Diäten Monat für Monat spenden.

Kann allen Anträgen stattgegeben werden und wie werden die Entscheidungen getroffen?

Im Vorstand, dem noch die Abgeordneten Dr. Gudrun Lukin und Tilo Kummer angehören, beraten wir die Anträge und die Höhe der jeweiligen Zuwendungen, die durchschnittlich zwischen 300 und 500 Euro liegt. Wir bekommen sehr viele Hilfe-Anfragen und sind froh, fast allen zusa-

1995 galt übrigens der Unterstützung bei der Finanzierung der Operation eines Kindes. In den letzten Monaten haben wir z. B. gefördert die Wanderausstellung „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ der Maria-Pawlowna-Gesellschaft, die Ehrenamts-Weiterbildung zum SGB II der Greizer Arbeitslosenselbsthilfe, den Besuch der 12. Klasse der Gesamtschule Gera-Lusan in der KZ-Gedenkstätte Auschwitz, das Courage-Preis-Projekt im Unstrut-Hainich-Kreis des Vereins MITEINANDER oder das „Nähstube-für-Bedürftige-Projekt“ des Demokratischen Frauenbundes in Gera.

Wie sieht die Gesamtbilanz aus?

Maria Funke (im Foto r.), die als Mitarbeiterin der Fraktion auch die Buchhaltung und Organisation der Spenden akribisch führt, hat mit Stand vom 28.02.2015 insgesamt 2.684 Zuwendungen mit einer Gesamtsumme von 988.000 Euro ausgewiesen. Wir steuern also ziemlich genau zur Jubiläumsveranstaltung auf die Million zu.

Stimmt es, dass Gregor Gysi zur Festveranstaltung kommt?

Ja, er hat es angekündigt, denn selbst die Bundestagsfraktion war von unserer „Diäten-Praxis“ so beeindruckt, dass sie seit einigen Jahren ein ähnliches Verfahren eingeführt hat. Und wir werden den „Festakt“, der am 27. April geplant ist, sogar in der Thüringer Staatskanzlei durchführen können, auf Einladung unseres langjährigen Alternative-Mitglieds und Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. Auch darauf sind wir stolz.

Für die Beantwortung der Fragen dankt Annette Rudolph



vor allem, dass wir mit den Spendengeldern rasch und unkompliziert Menschen, Projekten und Vereinen helfen können. So hatte sich beispielsweise eine junge Frau an uns gewandt, die mit Grundschulkindern ein Musical, bei dem es um Ausgrenzung und Freundschaft geht, einstudiert hatte. Ich konnte eine Probe miterleben, die mich sehr berührt hat. Nach der hervorragend gelaufenen Aufführung, wollten es auch andere Schulen sehen. Wir haben mit einem Zuschuss die Busse zur Anfahrt mitfinanziert. Nun wollen wir sie auch in den Landtag einladen, das wird bestimmt ein Highlight.

zu können. Entsprechend unserer Satzung fördern und unterstützen wir nichtkommerzielle gemeinnützige Projekte im Jugendbereich, Einzelmaßnahmen und Projekte im sozialen Bereich und solche, die der Fürsorge politisch, rassistisch und religiös Verfolgter dienen, Projekte im Umwelt- und Naturschutz, Aktivitäten im Jugend-, Behinderten- und Breitensport sowie Projekte im Kulturbereich.

In Ausnahmefällen und wenn keine anderen Unterstützungsmöglichkeiten bestehen, helfen wir auch Personen in außerordentlichen Notsituationen. Die allererste Zuwendung des Vereins

Alternative Hilfe für Tierheimschutzverein Südthüringen

Doppelten Grund zur Freude hatte am 22. März Monika Hahn, die Vorsitzende des Tierschutzvereins Südthüringen. Im Beisein vieler Unterstützer und Gäste des Vereins wurde am Ortsrand der Kreisstadt das Tierheim Hildburghausen nunmehr auch offiziell in Betrieb genommen. Nicht nur der rührenden Vorsitzenden waren Freude und Erleichterung darüber anzumerken.

Auch der Vorsitzende des Umweltausschusses im Thüringer Landtag, der Abgeordnete der Linksfraktion Tilo Kummer, fand herzliche Worte und war des Lobes voll: „Was hier in einem Jahr durch freiwillige Helfer an Bauleistungen vollbracht wurde, sucht schon seinesgleichen. Es ist wohl auch bezeichnend für das ehrenamtliche Engagement der Beteiligten, allen voran Moni-

ka Hahn, dass die Vorsitzende des Vereins selbst heute an ihrem Geburtstag hier auf dem Gelände zu finden ist, statt zu Hause zu feiern.“

Tilo Kummer hatte aus gegebenem Anlass deshalb nicht nur Blumen, sondern auch einen Scheck des Alternative 54 e.V. im Gepäck. Mit 300 Euro unterstützt die Thüringer LINKE-Fraktion die Arbeit des Vereins. Nun gelte es dafür zu sorgen, dem Tierheim auch für die alltägliche Arbeit eine solide Grundlage zu bieten. Der laufende Betrieb müsse künftig ebenso auf stabile finanzielle Füße gestellt werden, wie die Baumaßnahmen. Dazu müssten Gemeinden und Landkreis sich bekennen, so der Abgeordnete. Für Monika Hahn selbst war der Sonntag mit der Eröffnung des Heims, „das schönste

Geschenk, welches man ihr machen konnte“. Nunmehr hat auch der Landkreis Hildburghausen als letzter Kreis im Freistaat ein solches Domizil.

Im Außenbereich des Tierheims stehen noch weitere Arbeiten an. So erhält das umgebaute Hauptgebäude noch eine Erweiterung und es sind weitere Zwingeranlagen fertig zu stellen.

Insgesamt hat die Einrichtung, die den Namen „Am Wald“ trägt, bislang 130.000 Euro gekostet, davon waren



mehr als 81.000 Euro aus Landesmitteln gekommen. Das Tierheim bietet künftig Platz für 15 Katzen, zwölf Hunde sowie Kleintiere.

Mit Rennsteigticket unterwegs

MdL Knut Korschewsky zur Entwicklung touristischer Angebote in Thüringen

Der tourismuspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Knut Korschewsky, hat die generelle Einigung beim Rennsteigticket begrüßt: „Die Idee, mit einem kostenlosen Rennsteigticket mehr Touristinnen und Touristen in die Region südlich des Rennsteigs zu locken, halte ich für absolut zielführend. Sie ist als solche ja nicht neu und wird in vielen weiteren deutschen Urlaubsregionen erfolgreich angewendet.“

Nur wenn die Regionen auf dem Gebiet des Ausbaus der touristischen Infrastruktur zusammenarbeiten, wird es gelingen, im Wettbewerb der Regionen zu bestehen. „Bei der Entwicklung touristischer Angebote hilft kein Schubladendenken. Hier darf nicht in den Kategorien einzelner Städte oder Orte gedacht werden. Immerhin bringen mehr Touristinnen und Touristen ja auch mehr Wirtschaftskraft in die ganze Region und nicht nur in einzelne Orte“, erläuterte der Tourismuspolitiker.

In diesem Sinne könne er „die Stadt Suhl nur bitten, ihren Schritt noch einmal zu überdenken und gemeinsam mit den anderen Kommunen und Landkreisen eine Lösung zu finden, dass das Rennsteigticket möglichst schnell doch noch im Interesse der gesamten Region Wirklichkeit werden kann“, betonte Landtagsabgeordneter.



Lutherweg wird am 4. Mai feierlich eröffnet

Nach Auskunft der Thüringer Landesregierung auf eine Mündliche Anfrage von Knut Korschewsky wird der Lutherweg zukünftig mit einer Länge von 1.010 Kilometern in Thüringen durchgängig bewanderbar sein. Er begrüße ausdrücklich die Eröffnung des Lutherweges (am 4. Mai auf der Wartburg in Eisenach) als wichtige Verbindung von Geschichte und Aktivurlaub.

„Die Fertigstellung in Thüringen und darüber hinaus ist eine gute Möglichkeit, die Schönheit und das kulturelle und historische Erbe jenseits der traditionellen touristischen Routen bekannt

zu machen. In Vorbereitung des Lutherjahres 2017 und des dann stattfindenden 117. Deutschen Wandertages ist der Lutherweg als Wander- und Pilgerweg einer der Hauptbestandteile des Gesamtkonzepts.

Jetzt geht es darum, mit einer ausgefeilten Marketingstrategie diese Wander- und Bildungsmöglichkeit vielen Menschen im In- und Ausland bekannt zu machen. Mit seinen 1.010 Kilometern wird der Lutherweg der längste Thüringer Fernwanderweg sein. Ihn zu erhalten und zu pflegen, soll durch einen ‚Masterplan Wanderwegenetz‘ sichergestellt werden“, so Knut Korschewsky. ■

Digitalisierungsstrategie: Rote Laterne geht aufs Konto der CDU

Auf Antrag der CDU-Fraktion hatte sich der Thüringer Landtag in seiner Plenarsitzung am 26. März mit dem Thema „Digitalisierungsstrategie 2020 Thüringen“ befasst. Dazu erklärte die netzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Katharina König: „Die flächendeckende Versorgung mit breitbandigem Internet ist eine Grundvoraussetzung für eine vitale digitale Gesellschaft. Der Freistaat muss hier schnell aufholen, was unter den CDU-geführten Regierungen versäumt wurde.“

Die Abgeordnete wies darauf hin, dass eine erdgebundene, zukunftssichere Versorgung Vorrang haben muss, „denn Mobilfunkangebote können auf Grund ihrer technischen Restriktionen nur ergänzend eingesetzt werden“. Erschwerend komme insbesondere beim Mobilfunk hinzu, dass die fehlende gesetzliche Garantie der Netzneutralität bestimmte Nutzungen unterbindet.

Katharina König dazu weiter: „Wer ein Unternehmen in Richtung Industrie 4.0 entwickeln will, braucht nicht nur hohe Bandbreiten, die symmetrisch im Up- und Download sind, sondern muss über diese Netze auch alles schicken können, was an Daten anfällt. Fast alle Anbieter von LTE-Technik verbieten aber bestimmte Datenarten oder drosseln deren Übertragungsgeschwindigkeit

bis zur Unbrauchbarkeit. Dafür scheint bei der CDU ja nicht einmal ein Bewusstsein zu herrschen.“ So sei in der Landtagsdebatte deutlich geworden, dass der CDU-Abgeordnete Dr. Mario Voigt „wohl nicht den Unterschied zwischen Industrie 4.0 und dem Internet der Dinge verstanden hat“.

Mit Verweis auf die rot-rot-grüne Landesregierung betonte die Abgeordnete der Linksfraktion: „Wir haben im Koalitionsvertrag längst festgelegt, dass der Breitbandausbau eine wichtige Komponente der Daseinsvorsorge darstellt und entsprechend schnell vorantreiben gehen soll.“

Das Netz ist viel mehr als ein neues Kommunikationsmittel

Dies gelte vor allem und insbesondere für den ländlichen Raum. Dort bräuchten sehr innovative, kleine und mittelständische Unternehmen heute schon 50 Mbit/s als Übertragungsrate. „Im Jahr 2018 müsste es wahrscheinlich das Doppelte sein“, prognostizierte die Netzpolitikerin.

Aus Sicht von Katharina König ist es wichtig, die „digitale Gesellschaft“ nicht, wie es die CDU immer wieder tut, vorrangig und hauptsächlich unter wirtschaftlichen Aspekten zu betrachten. Vielmehr müsste und sollte das Netz „als digitaler Kultur- und Lebensraum der Gesellschaft“ verstanden werden, denn es ist viel mehr als ein

neues Kommunikationsmittel. Mit Blick auf die Landtagsdebatte erklärte die Abgeordnete abschließend: „Die Rote Laterne in der Digitalisierung, von der Herr Dr. Voigt spricht, hat die CDU dem Land erst eingehandelt. Dagegen haben die Regierungskoalitionen bereits in ihrem Koalitionsvertrag weite Teile dessen, was die CDU nun in ihrem Antrag fordert, festgehalten. #r2g (Rot-Rot-Grün) hat die Anforderungen der Zeit erkannt und ist auch auf einem guten Weg der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie.“ ■

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

Opposition ist Mist

Die Opposition sei, so hat Kurt Tucholsky einst gesagt, „zum einflusslosen Krakeelertum“ verkommen. Man könnte meinen, er habe damit auch den Thüringer Landtag der 6. Wahlperiode im Blick gehabt.

Einige Abgeordnete der kleinen Oppositionsfraktion AfD fühlen sich im Landtag „gemobbt“. So der Vorsitzende Björn Höcke. Der steht selbst für AfD-Verhältnisse weit rechts. Und grämt sich – so vertraute er dem Deutschlandradio an –, da seine Grüße im Landtag nicht erwidert würden.

Nun hat Höcke bei seinen Auftritten nicht gerade Werbung für sich gemacht. Ihn übertrifft in den Plenarpöbeleien nur noch der AfD-Abgeordnete Stephan Brandner, der möglicherweise nicht anders kann, da er eine lange, spezielle politische Sozialisation (Junge Union, CDU, CSU, wieder CDU, AfD) hinter sich hat. Doch die AfD im Thüringer Landtag ist gespalten. Ein kleinerer Teil will die politdehilen Kasperleien von Höcke und Brandner nicht mehr unterstützen.

Auch bei der größeren Oppositionsfraktion CDU herrscht Verwirrung. Stefan Gruhner hat die Hosen schon nach 100 Tagen Rot-Rot-Grün voll. In der Regierungsbilanz findet er keine sachlich zu begründenden Kritikpunkte und jammert deshalb: „Das, was die Regierung Ramelow gefährlich macht, ist der grenzenlose Pragmatismus des Ministerpräsidenten“.

Der Günstling der Ex-Landesvorsitzenden Lieberknecht ist hart auf dem Bauch gelandet. Wie „Generalsekretär“ Mario Voigt hat er im CDU-Machtkampf verloren. Voigt selbst agiert noch ungeschickter. Für Polemik gegen die Linke sucht er sich ausgerechnet das desaströse TTIP aus, das Demokratie unter Konzerninteressen zwingen will – und von Voigt als „nützlich“ bejubelt wird. Nochmals Tucholsky: „Man kann den Hintern schminken wie man will, es wird kein ordentliches Gesicht daraus.“ ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.